In Einzelfällen erfolgten weiterhin:

regelmäßiger Versand von Schreiben mit z. T. diskriminierendem Inhalt an staatliche Organisationen der DDR;

Verbreiten bzw. Anbringen von Flugblättern mit Übersiedlungsforderungen;

Verweigerung der im Rahmen der Amnestie 1979 notwendigen Wiedereingliederung;

Demonstrativaustritt aus gesellschaftlichen Organisationen;

Verweigerung der Teilnahme ihrer Kinder an der sozialistischen Jugendweihe;

Nichtgestatten der Aufnahme ihrer Kinder in die Pionierorganisation;

Verweigerung einer notwendigen ärztlichen Behandlung;

Versuch der Klageerhebung gegen die staatlichen Organe der DDR wegen angeblicher Gesetzesverletzungen;

Beschädigung von Grenzsicherungsanlagen;

Demonstratives Nichtantreten des Wehrdienstes;

Fertigung einer Unterschriftenliste mit Übersiedlungsforderungen.